

L4-Beschluss Partizipa(k)tion - Für mehr Selbst- und Mitbestimmung junger Menschen!

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 22.04.2017
Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie

Antragstext

858 Demokratie und Mitbestimmung sind Aspekte eines selbstbestimmten Lebens, das
859 allen zusteht. Um Selbstbestimmung zu ermöglichen, muss Partizipation an der
860 Gestaltung des Zusammenlebens sichergestellt sein. Junge Menschen werden jedoch
861 strukturell davon ausgeschlossen und die Gestaltung ihres Lebens ist zu einem
862 großen Teil fremdbestimmt - sei es in Schule zuhause oder bei politischer
863 Mitbestimmung . Ihnen wird ständig die Fähigkeit abgesprochen, für sich selber
864 zu sprechen. Ihre Erfahrungen und Meinungen werden abgewertet und ignoriert.

865 Wer wirklich etwas für die Interessen junger Menschen tun will, muss ihnen auch
866 das Recht geben, zu entscheiden, an was und wo sie sich beteiligen wollen. Viele
867 junge Menschen wollen sich engagieren, wenn sie die Möglichkeit haben und wenn
868 sie sehen, dass ihre Beteiligung etwas bewirkt. Leider sind die Möglichkeiten
869 für Beteiligung und Selbstbestimmung sehr unübersichtlich, gerade für Menschen
870 mit noch wenig politischer Erfahrung. So gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher
871 Maßnahmen, Akteur*innen und Organisationen, die oftmals unkoordiniert
872 nebeneinander stehen. Hinzu kommt, dass junge Menschen in die gesetzgeberischen
873 Prozesse nicht eingedacht werden, wodurch es große Hürden mit sich bringt sich
874 einzubringen und sich ihre Lebensrealität in den Ergebnissen nicht widerspiegelt
875 .

876 Junge Menschen zu beteiligen bedeutet, sie dazu zu befähigen und ihnen zu
877 ermöglichen, in Gremien mitzubestimmen, die im Regelfall von sehr viel älteren
878 Menschen dominiert werden.

879 Wir wollen jungen Menschen die Möglichkeit bieten, sich in bereits bestehenden
880 und neu zu schaffenden demokratischen Prozessen einzubringen, aber auch als
881 Einzelperson viel zu erreichen. Doch das ist nur ein erster Schritt. Er
882 gewährleistet, dass die Stimmen junger Menschen eher Eingang in die Debatte
883 finden.

884 Grundsätzlich spielt sic eine Demokratie in einer Gesellschaft, die auf
885 Herrschaft basiert, in begrenzten Räumen ab. Unser Ziel ist es, diese zu
886 erweitern.

887 Beteiligung in der Bildung

888 Um echte Mitbestimmung zu ermöglichen, braucht es mündige Bürger*innen. Es wird

889 jedoch wenig daran gesetzt, junge Menschen zu solchen zu erziehen. Stattdessen
890 wird in der politischen Bildung an einem rein formalen Begriff von Partizipation
891 festgehalten und es bleibt bei einem Informieren über Abläufe und der
892 Aufforderung zur Einbringung in Entscheidungsprozesse stehen. Die Menschen
893 sollen dazu befähigt werden, aus vorgegebenen Alternativen zu wählen. Ein
894 Einbringen in die Inhalte der Entscheidungen ist damit jedoch bei weitem nicht
895 gegeben.

896 Das Fehlen eines inhaltlichen Partizipationsbegriff steht einer echten
897 Mitbestimmung entgegen. Hier grenzt sich der Begriff der kritischen politischen
898 Bildung von dem der politischen Bildung ab. Ziel von kritischer politischer
899 Bildung ist es, Menschen zur Mündigkeit zu erziehen. Das bedeutet, ihnen zu
900 ermöglichen, gesellschaftliche Verhältnisse zu erkennen und zu hinterfragen und
901 die Befähigung zur Reflektion der eigenen Meinung und des eigenen Wertekanons,
902 der zu dieser Meinung führt. Dadurch wird ermöglicht, dass junge Menschen eine
903 fundierte Meinung über ihre Interessen und derer ihrer Mitmenschen entwickeln
904 und einfordern. Kritische politische Bildung bedeutet in ihrer Konsequenz, dass
905 junge Menschen Möglichkeiten praktischer Beteiligung selber ergreifen.

906 Nicht nur spielt Partizipation momentan in Schulen eine zu geringe Rolle,
907 sondern es wird weiterhin an einem hierarchischen Verhältnis von Schüler*in und
908 Lehrer*in festgehalten. Schüler*innen sollen auswendiglernen, aber nicht
909 hinterfragen oder mitgestalten. Schulalltag ist jedoch politisch. Eine kritische
910 politische Bildung muss dies beachten. Herrschaftsverhältnisse in pädagogischen
911 Einrichtungen müssen thematisiert werden. Unterricht muss als gemeinsames Lernen
912 begriffen werden, in dem die*der einzelne Schüler*in gefragt ist. Schüler*innen
913 sind keine anonyme Masse, die Informationen abspeichern soll! Schule muss von
914 allen die dort lernen, lehren, arbeiten und sind als gemeinsamer Raum verstanden
915 werden und gemeinsam gestaltet werden.

916 Ein erster Schritt, um eine umfassende und reflektierte Partizipation zu
917 ermöglichen, ist eine entsprechende Schulung von Pädagog*innen. In den
918 Universitäten wird jedoch kaum Wert auf einen kritischen politischen
919 Bildungsbegriff gelegt und auch die Lehrpläne sehen ein einseitiges Machtgefälle
920 vor. Wir setzen uns daher dafür ein, sowohl die Lehrpläne für Schulen als auch
921 für Universitäten anzupassen und die Konzepte kritischer politischer Bildung
922 darin nicht nur für den Politikunterricht, sondern für Unterrichtsgestaltung
923 insgesamt zu verankern.

924 Neben dem Bemächtigen von Schüler*innen zur Teilhabe muss es klare Strukturen
925 geben, durch die sich eingebracht werden kann.

926 Klassensprecher*innen und Schüler*innenvertretungen sind ein erster Schritt, der
927 jedoch häufig von Lehrer*innen und der Schulleitung als störend empfunden und
928 teilweise sogar behindert wird. Dabei muss klar sein, dass eine Schule ohne die
929 Einbeziehung der Interessen von Schüler*innen kein Raum für Schüler*innen sein
930 kann. Daher muss an allen Schulen die Möglichkeit bestehen, sich in einer
931 Schüler*innenvertretung zu engagieren, sie zu wählen und die eigenen Anliegen
932 dort einzubringen.

933 Dieser Vertretung muss je nach Schulform eine unterschiedliche Rolle zukommen,
934 da die pädagogische Betreuung an Grundschulen eine andere sein muss als an
935 Berufsschulen. Trotzdem muss jeder Vertretung nicht nur Mitspracherecht gewährt

936 werden, sondern ihr Platz in der Gestaltung des Schulalltags als
937 Selbstverständlichkeit bestehen.

938 Das allgemeinpoltische Mandat von SVen muss anerkannt werden.

939 Einbringen muss zu Mitgestaltung führen und darf nicht als Frust- und
940 Stressfaktor im Kampf zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen für schlechte
941 Noten sorgen. Ähnlich einer Drittelparität an Universitäten muss auch ein
942 paritätisches Konzept für die verschiedenen Schulformen gelten, bei dem alle
943 Statusgruppen, das heißt, alle Menschen die am Schulalltag beteiligt sind,
944 entsprechend eingebunden werden.

945 Gleiches gilt für die Gestaltung von Lehrplänen und Unterrichtsmethoden: Auch
946 hier müssen alle die es betrifft eingebunden werden, also vor allem auch
947 Schüler*innen selbst! Dafür sind Landesschüler*innenvertretungen nötig, die
948 jedoch noch von einzelnen Schulen abgelöst sein dürfen, sondern auf die jede*r
949 Schüler*in Einfluss haben muss. Um Schüler*innenvertretungen auf allen Ebenen
950 sicherstellen zu können, muss es eine dem Alter und der Struktur angemessene
951 pädagogische Betreuung gewährleisten sein.

952 Zur Mitbestimmung einer Schule gehört auch die unabhängige und eigenständige
953 Gestaltung einer Schüler*innenzeitung. Für dieses Recht machen wir uns stark.

954 **Für mehr Beteiligung in Parlamenten**

955 Die Partizipation von jungen Menschen darf sich nicht allein auf die
956 institutionelle Ebene begrenzen, doch Verbesserungen in diesem Bereich sind ein
957 essentieller Schritt für mehr Mitbestimmung. Das umfasst sowohl die Erweiterung
958 der Rechte und Kompetenzen von Vertretungsorganen, die stärkere Berücksichtigung
959 der Interessen von Kindern und Jugendlichen in parlamentarischen Prozessen, als
960 auch die einfachere Beteiligung von jungen Menschen bei Wahlen.

961 **- Kinder- und Jugendräte stärken**

962 Wir wollen nicht, dass über die Köpfe von jungen Menschen hinweg entschieden
963 wird. Stattdessen machen wir uns dafür stark, dass Jugendliche und Kinder
964 mitreden können, wenn sie betroffen sind. Besondere Relevanz hat dabei die
965 kommunale Ebene. Wir fordern deshalb eine Reform der Gemeindeordnung in allen
966 Bundesländern nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein, wo vorgesehen ist, dass
967 Kommunen sicherstellen müssen, dass junge Menschen in alle Prozesse, die sie
968 betreffen, mit einbezogen werden. Eine Schlüsselrolle nehmen dabei die Kinder-
969 und Jugendräte ein. Diese bieten die Möglichkeit, dass junge Menschen ihre
970 Lebensrealität und Erfahrungen einbringen können. Noch immer sind solche Räte
971 jedoch nicht flächendeckend existent und diese Möglichkeit steht somit nicht
972 allen jungen Menschen offen. Deshalb fordern wir die Festschreibung von
973 Repräsentationsorganen für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene, wobei
974 insbesondere die Legitimationsverfahren und Rechte dieser Organe konkretisiert
975 und vereinheitlicht werden müssen. Wir sehen dabei grundsätzlich ein
976 repräsentatives System vor, bei dem neben einer bestimmten Altersgrenze keine
977 weiteren Zugangsrestriktionen bestehen. Das bedeutet, dass alle jungen Menschen,
978 die an einem bestimmten Ort wohnen, sich auch unabhängig von ihrer

979 Staatsangehörigkeit an diesen Wahlen beteiligen können. Dieses repräsentative
980 System soll punktuell um Mittel der direkten Demokratie ergänzt werden. Die
981 Arbeit dieser Repräsentationsorgane muss auch ernst genommen und berücksichtigt
982 werden. Denn sie sollen nicht zur Scheinpartizipation verkommen. Deshalb setzen
983 wir uns für ein Rede- und Antragsrecht aller Kinder- und Jugendräte in den
984 äquivalenten Parlamenten ein. In den für die Kinder- und Jugendarbeit relevanten
985 Ausschüssen soll ihnen außerdem das Stimmrecht eingeräumt werden. Außerdem muss
986 durch Transparenz und einen ausreichenden Informationsfluss sichergestellt
987 werden, dass die Arbeit der Kinder- und Jugendräte überhaupt möglich ist.
988 Darüber hinaus setzen wir uns für die Etablierung eines Repräsentativorgans im
989 Sinne der Kinder- und Jugendräte auf Landesebene ein, das sich aus gewählten
990 Vertreter*innen der kommunalen Ebene zusammensetzt.

991 - **Kinder und Jugendliche mitdenken**

992 Die Interessen von Kindern und Jugendlichen müssen auch dort mit bedacht werden,
993 wo sie nicht direkt beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle
994 Länder und der Bund ein kinder- und jugendpolitisches Programm festlegen.
995 Dadurch werden die jeweiligen Regierungen verpflichtet, konkrete Ziele
996 festzulegen und der Druck, diese auch tatsächlich durchzuführen, wird erhöht.
997 Außerdem fordern wir auf Landesebene die Einführung des Postens einer*eines
998 Kinder- und Jugendbeauftragten. Diese*r hätte die Möglichkeit, eigene Projekte
999 zur Förderung von Kindern und Jugendlichen umzusetzen und Missstände
1000 festzustellen und zu beheben, wodurch sich die Qualität der Kinder- und
1001 Jugendförderung langfristig verbessern würde. Außerdem machen wir uns für den
1002 Kinder- und Jugendcheck innerhalb der Gesetzgebung stark. Das bedeutet, dass das
1003 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Aufgabe, aber
1004 auch die Berechtigung bekommt, bundespolitische Vorhaben auf ihre Vereinbarkeit
1005 mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen. So kann sichergestellt
1006 werden, dass die Belange und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auf der
1007 legislativen Ebene nicht vergessen werden.

1008 **Jugend in die Parlamente**

1009 Wahlen stellen ein zentrales Element einer repräsentativen Demokratie dar.
1010 Deshalb wollen wir die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von
1011 Jugendlichen in diesem Bereich stärken – sowohl an der Wahlurne als auch auf
1012 Wahllisten. Wir setzen uns nach wie vor für das Wahlalter 0 ein, da wir davon
1013 überzeugt sind, dass jeder Mensch unabhängig von seinem Alter das Recht auf
1014 demokratische Mitbestimmung hat (siehe Beschluss "Demokratie ist mehr als nur
1015 ein Kreuzchen"). Darüber hinaus unterstützen wir Projekte, die es sich zum Ziel
1016 gesetzt haben, Erstwähler*innen zu unterstützen. Doch wir wollen nicht nur beim
1017 aktiven, sondern auch beim passiven Wahlrecht von jungen Menschen ansetzen. Wir
1018 setzen uns dafür ein, dass mehr junge Menschen in Parlamente kommen und dort für
1019 neue Perspektiven sorgen und die Interessen unserer Generation vertreten. Gerade
1020 im Moment scheitern jedoch die meisten Parteien, auch Bündnis 90/Die Grünen, in
1021 weiten Teilen daran, jungen Menschen diese Chance zu geben. Dadurch werden eine
1022 sinnvolle Erneuerung und eine notwendige Wissensweitergabe verhindert. Deshalb
1023 kämpfen wir für die Einführung einer Neuenquote von 33% bei allen Landeslisten!

1024 **Beteiligung braucht Ermöglichung**

1025 Wenn wir Beteiligung junger Menschen ermöglichen wollen, dann braucht es dazu

1026 die entsprechenden Rahmenbedingungen. In einem kapitalistischen System bedeutet
1027 dies auch ihnen Zugang zu den dafür benötigten Ressourcen zu ermöglichen.

1028 Maßnahmen für die Beteiligung von jungen Menschen werden oft mit dem Argument zu
1029 geringer Finanzmittel entweder zu Scheinpartizipation degradiert oder ganz
1030 vermieden. Gerade Projekte auf kommunaler Ebene, wie z.B. Kinder- und
1031 Jugendparlamente, leiden darunter. Beteiligungsstrukturen brauchen eine
1032 abgesicherte Finanzierung. Demokratie darf keine Geldfrage sein!

1033 Beteiligung braucht Zeit. Diese muss Jugendlichen auch zur Verfügung gestellt
1034 werden, wenn Beteiligung ermöglicht werden soll. Die Restriktionen der
1035 kapitalistischen Leistungsgesellschaft dürfen nicht dazu führen, dass die
1036 Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen eingeschränkt werden.

1037 Jungen Menschen muss von staatlichen Institutionen die Zeit für Beteiligung
1038 garantiert werden. Junge Menschen dürfen durch ihr politisches Engagement z.B.
1039 in Jugendparlamenten keinen schulischen Nachteil haben.

1040 Wirkliche Beteiligungsprozesse können nur auf Augenhöhe stattfinden! Alter und
1041 mangelnde Erfahrung sind kein Argument. Die Große Koalition ist dabei nur eines
1042 von vielen Beispielen, dass man eine Sache auch viele Jahre lang schlecht machen
1043 kann.

1044 Die Beteiligung junger Menschen ist ein Feld mit vielen unterschiedlichen
1045 Akteur*innen und Maßnahmen. Doch oft kommunizieren diese nicht miteinander, die
1046 Maßnahmen stehen nebeneinander und widersprechen sich teilweise sogar. Als GRÜNE
1047 JUGEND fordern wir daher, dass sich die unterschiedlichem Akteur*innen
1048 hinsichtlich ihrer Maßnahmen untereinander abstimmen müssen.

1049 **Wir wollen Beteiligung!**

1050 Als GRÜNE JUGEND bekennen wir uns klar und deutlich zu Selbstbestimmung und
1051 Mitbestimmung.

1052 Als Jugendverband einer politischen Partei sehen wir es als unsere Aufgabe, die
1053 Interessen und Perspektiven junger Menschen in die Partei und darüber auch
1054 hinaus in die Welt tragen.

1055 Wir sind ein Sprachrohr junger Menschen in die Politik. Es lohnt sich auf allen
1056 Ebenen für die Teilhabe junger Menschen zu streiten. Doch das kann nur ein
1057 erster Schritt sein: Letztlich geht es darum die Räume für die Beteiligung aller
1058 zu erweitern. Wenn junge Menschen einbezogen und verstanden werden und ihr
1059 Engagement reale Auswirkungen hat, dann stärkt das langfristig die Demokratie
1060 und nimmt Wind aus den Segeln der Rechtspopulist*innen.

1061 Die Welt ändert sich nicht von alleine. Es läuft einiges schief und das wollen
1062 wir anpacken. Lasst uns die Welt ändern, bevor es andere tun!

Begründung

Erfolgt mündlich.